

Niedersächsischer Landtag  
Uwe Schünemann MdL

--

Werneckestraße 31  
37603 Holzminden  
Mobil:016096333301  
[uwe-schuenemann@t-online.de](mailto:uwe-schuenemann@t-online.de)

Herrn Staatssekretär  
Jochen Flasbarth  
Bundesministerium für Umwelt,  
Naturschutz und nukleare Sicherheit  
Stresemannstraße 128-130  
10117Berlin

30.07.2020

Vorab per Mail

### **Bereitstellungslager „Würgassen“ hier: logistisches Gutachten**

Sehr geehrter Herr Staatssekretär Flasbarth,

im Entsorgungsübergangsgesetz ist ein Bereitstellungslager für den Betrieb des Endlagers Konrad festgelegt worden. Als Begründung wird eine vereinfachte Anlieferungs- und zügige Einlagerungslogistik angeführt. So soll das Endlager Konrad nach dem „Just-in-Time“ Prinzip über die Schiene und die Straße beschickt werden. Am Endlagerstandort selbst würde eine Pufferhalle mit geringer Lagerkapazität geplant. Aufgrund der Vielzahl von Anlieferern und der Komplexität der Einlagerungschargen sei mit einer Störanfälligkeit im Betriebsablauf zu rechnen. Durch ein Bereitstellungslager könne dieses Risiko vermieden werden.

Nach Ihren eigenen Angaben basiert diese Annahme nicht auf einer wissenschaftlichen Begutachtung. Das verwundert sehr. Denn die Entwicklung im Bereich der Logistik ist enorm. Durch den Einsatz künstlicher Intelligenz, wie „supply chain“ und „deep learning“ können betriebliche Abläufe in einer Art und Weise optimiert werden, wie sie noch vor wenigen Jahren unvorstellbar gewesen sind.

Im Vergleich zu anderen logistischen Herausforderungen erscheint die direkte Anlieferung aus maximal 16 Zwischenlagern in ein Endlager nicht unlösbar zu sein. Zumal ohnehin eine Pufferhalle am Endlagerstandort Konrad vorgesehen ist.

Vor diesem Hintergrund halte ich es für dringend geboten, zumindest parallel zu den weiteren Planungen für ein Bereitstellungslager ein wissenschaftliches Gutachten zu einer alternativen direkten Zulieferung in Auftrag zu geben. Da Sie an das Entsorgungsübergangsgesetz gebunden sind, wäre eine Beauftragung durch die Bundesländer Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen sicherlich sinnvoll.

Voraussetzung dafür wäre aber, dass Sie die dafür notwendigen Unterlagen zur Verfügung stellen. Sollte sich herausstellen, dass auf ein Bereitstellungslager verzichtet werden kann, würde der Bund erhebliche Kosten einsparen. Darüber hinaus würden unnötige Transportwege entfallen.

- -

Sind Sie bereit, ein entsprechendes Gutachten zu unterstützen? Dabei handelt es sich lediglich um die Zulieferung der dafür notwendigen Fakten.

Da durch dieses Gutachten dem Bund weder direkte Kosten entstehen noch mit einer Verzögerung der Planungen zu rechnen ist, hoffe ich sehr auf Ihre Kooperationsbereitschaft.

Sobald ich von Ihnen eine positive Nachricht erhalten habe, werde ich mit den zuständigen Verantwortlichen der beiden Landesregierungen über die Realisierung des Gutachtens sprechen.

Mit freundlichen Grüßen

Uwe Diermann